Europapolitik als Gesellschaftspolitik : Thesen für eine doppelte Ausweitung der Kampfzone

Autor(en): **Wolf, Frieder Otto**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 65

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652663

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Frieder Otto Wolf

Europapolitik als Gesellschaftspolitik

Thesen für eine doppelte Ausweitung der Kampfzone

Die gegenwärtige europapolitische Debatte[1] leidet bisher – nicht nur in Deutschland – unter externen, von aussen in das Feld der europäischen Politik hineinwirkenden Sichtachsenverschiebungen[2], also unter entsprechenden Beschränkungen ihres Horizonts. Diese lösen dann unter den «EuropaspezialistInnen», immer wieder Kompensationsversuche aus, welche zu einem Verfehlen der realen Probleme führen und zu einem zirkulären Auf-der-Stelle-Treten von Politik und Debatte verleiten.

Die globale Dimension der EU-Entwicklung

In einem grossen Teil der europapolitischen Debatte wird die neue Dynamik der kapitalistischen Globalisierung, die sich in den letzten 30 Jahren unter neoliberalen Vorzeichen entfaltet hat, ignoriert (Altvater/Mahnkopf 2007). Eine derartige Dynamik war zuletzt in den Jahrzehnten vor dem Beginn der ersten ganz grossen Krise – der «Nacht des 20. Jahrhunderts» von 1914 bis 1945 – zu verzeichnen. Umgekehrt wird in der breiteren gesellschaftspolitischen Diskussion die eigenständige Materialität und Spezifik der ökonomischen Strukturen und politischen Formen innerhalb der EU übersehen oder zumindest als uninteressant behandelt.[3] Oder diese sind geradezu – wie Andreas Wehr (2014) das so weit völlig korrekt konstatiert hat – zum Gegenstand träumerischer Projektionen (Rifkin 2004) gemacht worden.[4] Das hat dann gerade innerhalb der politikwissenschaftlichen Analyse der Grundstrukturen gegenwärtiger Europapolitik zu einer politikformenfixierten (Scharpf 1985) oder auch rechtsformen- (Alter 2001) oder institutionenzentrierten (Tömmel 2003) Abkopplung der analysierten Strukturen der EU-Politik von globalen ökonomischen und politischen Transformationsprozessen geführt (Braithwaite/Drahos 2000). So findet der Übergang vom fordistischen Regime zur Dominanz neoliberaler Politikmodelle in der europapolitischen Debatte ebenso wenig angemessene Berücksichtigung wie der damit historisch verbundene Prozess des Wegfallens der Blockzwänge, die in Europa den offenen Einsatz militärischer Gewalt wirksam ausgeschlossen haben. Mit der globalen Krise des neoliberalen Regimes 2007/08 ist aber rückblickend deutlich geworden, dass sich die Transformation zum neoliberalen Regime in Europa nicht nur in

Deregulierungsprozessen und unter wachsender sozialer Ungleichheit vollzogen hat, sondern auch mit der durchaus gewaltgestützten Durchsetzung neuer Regulierungsmuster verbunden gewesen ist. Das wurde in der spezialisierten europapolitischen Debatte «übersehen» und führt bis heute dazu, dass eine zentrale Frage gar nicht erst gestellt wird: Im fordistischen Regime ist klar gewesen, dass dessen Umsetzung in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften stattfand. Heute spricht einiges dafür, dass die EU als solche, beziehungsweise die in ihr in ungleichen Kräfteverhältnissen zusammengeschlossene Gruppe von Mitgliedstaaten, zum vorrangigen Raum für die Durchsetzung neoliberaler Optionen in der Gesellschaftspolitik geworden ist. Dies reicht weit über das unmittelbar ökonomische Feld hinaus – bis hin zur militärischen Durchsetzung neuer Kräfteverhältnisse (Jugoslawienkrise und gegenwärtig die Krise in der Ukraine).

In welchem Masse diese Verschiebung strategischer Entscheidungen auf die europäische Politikebene inzwischen stattgefunden hat, lässt sich am dezidiert europäischen Krisenmanagement des Europäischen Rats in der Krise des Finanzmarktkapitalismus von 2007/2008 ermessen. Ad hoc ging dieser, wenn er es als erforderlich ansah, über den institutionellen Rahmen der EU hinaus, indem etwa gigantische Kreditermächtigungen ausgesprochen wurden, mit deren Hilfe dann – unterstützt durch die Interventionsversprechen der EZB – die Finanzmarktturbulenzen, welche den Euro als Gemeinschaftswährung zu sprengen drohten, beruhigt werden konnten.

Auch die gegenwärtig zu beobachtende Verschiebung der Handlungsebenen in der Ukraine-Politik, in der das gemeinsame Agieren der EU im Vordergrund steht, gehört in diesen Zusammenhang – während es in der Jugoslawienkrise noch erkennbar der neue deutsche Bundesstaat war, der das Gesetz des Handelns bestimmte.

Dieser realen Entwicklung gegenüber bleibt eine primär normative Europadebatte, wie sie Jürgen Habermas (2014) führt, unvermeidlich appellativ und daher relativ hilflos (Dellheim/Wolf 2013). Während alle Versuche, die notwendige umfassende Debatte über Gesellschaftspolitik in Europa auf eine Debatte zur EU-Verfassung zu verengen (exemplarisch die Vorlage der «Spinelli-Gruppe» 2013), an den zu untersuchenden Problemen schlicht vorbeigehen und daher nur ideologisierend wirken können (Wolf 2014).

Die «nationale», mitgliedstaatliche Dimension

Es bleibt zwar unbestreitbar, dass die Räume der politischen Auseinandersetzung auch innerhalb der EU primär mitgliedstaatlich organisiert und verfasst, also zumindest oberflächlich betrachtet nationalstaatlich geblie-

ben sind[5] und dass die sekundären Räume einer transnationalen Politisierung, welche sich eher auf Widerstand gegen globale Abhängigkeitsstrukturen als auf EU-Zusammenhänge beziehen, weiterhin schwach sind. Es kann zunächst nicht überraschen, dass sie in Krisenphasen weiter geschwächt werden. Zugleich – und gegenläufig – haben Globalisierung und Europäisierung von Regulierungsräumen und -politik, beispielsweise in der sich im TTIP und vergleichbaren Freihandelsabkommen anbahnenden «Atlantifizierung», schon längst dafür gesorgt, dass wesentliche gesellschaftspolitische Fragen faktisch der Politik im nationalstaatlichen Raum entzogen sind. Eine Renationalisierung dieser Bereiche der Politik ist im Rahmen der EU heute nur noch als ein reaktionäres Phantasma möglich, das allerdings, wie die letzten Wahlen zum Europaparlament gezeigt haben, beträchtliches politisches Gewicht auf die Waage bringt.

Die EU hat sich längst als ein «politisches System» eigener Art[6] konstituiert und reproduziert sich auch über Krisen hinweg als ein solches – und damit als ein eigenständiger Raum für zentrale gesellschaftspolitische Entscheidungen. Die immer wieder formulierte Erwartung, dass die EU – oder ihr Kernbereich, die Eurozone – in der nächsten Krise auseinanderbrechen würden, beruht auf einer selbst noch nationalistisch oder globalistisch motivierten Verkennung dieser Eigenständigkeit.

Konsequenzen für eine linke emanzipatorische Perspektive

Es ist daher geradezu ein Kategorienfehler, wenn linke, gesellschaftspolitisch emanzipatorische Kräfte in der gegenwärtigen Lage auf eine Renationalisierung der EU-Politik setzen. Keiner der europäischen Nationalstaaten kann die mit der erfolgreichen Realisierung von Binnenmarkt, Einheitswährung und Osterweiterung geradezu sprunghaft gewachsenen Aufgaben der europäischen Politik auf sich selbst rückübertragen. Selbst Deutschland, wäre dazu nicht mehr allein in der Lage. Das Ausmass der Europäisierung der Gesellschaftspolitik wird allerdings durch eine Sachzwangpolitik als Medium einer tief greifenden Entpolitisierung verdeckt, wie sie die neoliberale Gesellschaftspolitik seit Thatchers Propagierung des TINA-Prinzips («There is no alternative!») begleitet hat. Im Dickicht von Ratsbeschlüssen, Programmen, Fazilitäten und Richtlinien konturiert sich derart eine gesellschaftspolitisch wirksame EU-Politik, welche immer tiefer in nationalstaatliche Politikprozesse (bis hin zur Haushaltspolitik und zur Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes) eingreift. Dies vollzieht sich in den pseudoadministrativen Formen einer «nationalen Umsetzung» europaweit definierter Zielvorgaben, «Richtlinien», Programme und Verfahren. Dieser in breiter Front praktizierten technokratischen Wucherung gegenüber verblassen die Versuche zu einer symbolischen Stärkung der EU-Politikebene – von den Chimären gebliebenen «europäischen Partei-

en»[7] über die Versuche einer Organisierung der «europäischen Zivilgesellschaft» (Boual 1999) bis hin zur jüngst erfolgten Aufstellung von «Spitzenkandidaten» der Parteienfamilien für die Besetzung des Amtes des Kommissionspräsidenten – zu einer blossen Fassadenkunst, wie sie auch sonst in Brüssel unter dem Stichwort des «façadisme» gepflegt wird.

Das wird unter den gegenwärtigen Umständen, in denen sich die EU an der Zuspitzung militarisierter Hegemonialkonflikte an ihren Grenzen beteiligt, geradezu verhängnisvoll: Denn es bewirkt, dass die primär Handelnden in den Regierungen der Mitgliedstaaten nun in der Tat zu «Schlafwandlern» werden, die institutionell und mental nicht mehr dazu in der Lage sind, aus den etablierten Handlungsmustern auszubrechen, sondern tatsächlich «keine Alternative» mehr zu sehen vermögen.

Dieser doppelten Verkürzung der Sichtweisen auf die europäische Politik, denen sich auch linke Kräfte nicht ohne weiteres entziehen können, kann weder dadurch entgangen werden, dass appellativ die Politisierung der EU-Politikebene beschworen wird, noch verspricht die Rückwendung zur nationalstaatlichen (oder gar regionalen) Politikebene hier nachhaltige Besserung. Erstere läuft Gefahr, rein symbolische Manöver der europäischen Instanzen bereits für wirkliche Politik zu halten, wie dies etwa der sozialdemokratischen Parteienfamilie innerhalb der EU mit den sozialpolitischen Zukunftsentwürfen Jacques Delors' und mit den Wachstums-Versprechen des Lissabon-Vertrages unterlaufen ist. Die europäischen Regulierungsaufgaben, wie sie sich auf der Grundlage von Binnenmarkt, Osterweiterung und Einheitswährung ergeben, lassen sich andererseits nicht ignorieren oder «abschaffen». Eine Rückabwicklung dieser Formen der EU-Integration wäre eine Transformationsaufgabe von geradezu revolutionärem Charakter, deren Risiken kaum überschaubar sind und voraussichtlich nicht beherrschbar sein dürften. Solange es daher nicht gelingt, die Bewältigung dieser unabweisbar europäischen Herausforderungen als solche in den unterschiedlichen einzelstaatlichen Politiksystemen zum Thema wirklicher Auseinandersetzungen zu machen, kann die schlichte Rückwendung zur nationalstaatlichen Politik europapolitisch gar nichts bringen – sie kann allenfalls nostalgische Verklärungen vergangener Politikformen produzieren. Das spielt dann aber letztlich immer wieder den reaktionären, herrschaftsaffirmativ nationalistischen Kräften in die Hände, wie die wahlpolitischen Entwicklungen in Frankreich und in den Niederlanden gegenwärtig in beunruhigender Weise zeigen.

Eine linke emanzipatorische Politik muss dagegen in dem Sinn radikal zeitgenössisch sein, dass sie von den wirklichen Strukturen, herrschenden Akteuren, Mechanismen und Prozessen ausgeht – in diesem Fall vom gegenwärtigen Stand der als sachzwangbedingt alternativlos ausgegebenen Europäisierung von immer mehr zentralen Politikbereichen der Mitglied-

staaten. Ausgehend von einer Analyse der Voraussetzungen und Möglichkeiten der Rückgängigmachung dieser Entwicklung oder ihrer Umfunktionierung muss sie daran arbeiten, die grossen europapolitischen Fragen zu einem Feld politischer Auseinandersetzungen innerhalb der Mitgliedstaaten zu machen, auf welchem Widerstand geleistet und Gegenforderungen machtvoll unterfüttert werden können: im Rahmen der unterschiedlichen einzelstaatlichen Politikarenen, aber mit europapolitischen Themen und begleitet von entsprechenden Politisierungsprozessen.

Der *erste* Schritt wäre ganz einfach – und ist entsprechend schwer zu machen: nämlich eine Repolitisierung der unter dem Vorwand europäischer oder globaler «Sachzwänge» entpolitisierten Umsetzungsformen des neoliberalen Regimes. Sie kann heute nicht mehr an den Grenzen des «eigenen» Staates halt machen, sondern muss darauf setzen, in möglichst vielen Mitgliedstaaten in sozialen Bewegungen Widerstand aufzubauen und Gegenforderungen zu verankern. Durch eine Kombination mitgliedstaatlicher Aktivierung und grenzübergreifender Solidarisierung von unten, die sich auch parteipolitisch konkretisieren, sollen auf der mitgliedstaatlichen beziehungsweise europäischen Politikebene die Kräfteverhältnisse dauerhaft verschoben werden.[8]

Ein *zweiter,* paralleler Schritt kann sich strukturell an dem im Zeichen der Abwehr neoliberalen Umstrukturierungsprozesse erprobten Modell Dänemark orientieren. Dort hatte nämlich in den 1980er-Jahren gegenüber der amtierenden Minderheitsregierung die sie stützende Socialistik Folkepartiet durchgesetzt, dass das Handeln der Regierung im Ministerrat der EU an die Zustimmung des Europa-Ausschusses des Folketing, des dänischen Parlaments, gebunden ist – was dann zu entsprechenden Rückkopplungsprozessen während der Ministerratssitzungen geführt hat. Dabei ist allerdings zu beachten, dass angesichts der Komplexität der europäischen Regulierung und Gesetzgebung die Kooperation der Abgeordneten der jeweiligen nationalen Parlamente mit ihren jeweiligen Entsprechungen innerhalb des Europaparlaments institutionalisiert werden muss. Das allein reicht allerdings nicht aus. Solange im nationalen Parlamentsausschuss die Mehrheit der jeweiligen Regierungskoalition das Geschehen bestimmt, wird sich faktisch nichts daran ändern, dass die Regierung hier ihre traditionelle «Prärogative» verteidigt, der gemäss alle Fragen der «Aussenpolitik» höchstens in allerletzter Instanz, praktisch eben gar nicht, unter Parlamentsvorbehalt stehen. Hier ist ein tief greifendes institutionelles Umdenken erforderlich: Europapolitik ist in den Mitgliedstaaten der EU schon längst keine Aussenpolitik mehr, sondern geradezu ein Kernbereich der Gesellschaftspolitik.

Entsprechend den unterschiedlichen Ausgangslagen und Machtpositionen zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten wäre hier allerdings in

einer linken emanzipatorischen Perspektive deutlich zu differenzieren: In Griechenland, wie in den anderen sogenannten Krisenstaaten, welche die Troika-Politik unter Kuratel gestellt hat, muss sinnvollerweise der direkte Widerstand der Bevölkerung gegen diese Politik und das Erkämpfen eigenständiger politischer Alternativen im Vordergrund stehen. In den Staaten, die sich in einer hierarchischen Mittelposition befinden – Spanien und Italien, aber vermutlich inzwischen auch Frankreich und Grossbritannien[9] –, ist das Projekt einer Solidarisierung mit den sozialen Bewegungen zur Abwehr der Troika-Politik in den Krisenstaaten sicherlich ein zentrales Moment für den Aufbau einer europapolitischen Alternative. In den Mitgliedstaaten der zentralen Gruppe um Deutschland – einschliesslich der Niederlande und der skandinavischen EU-Mitglieder – bleibt dieses Moment vermutlich unzureichend und müsste dringend durch konkrete europapolitische Alternativvorschläge ergänzt werden, durch die die notwendige Kritik an dem herrschenden neoliberalen Politikmodell in mobilisierungsfähige Gegenvorschläge umgesetzt werden könnte. Dabei ist es wichtig, grundsätzliche, sozialistische, radikalökologische und radikalfeministische Transformationsperspektiven offenzuhalten. Aber auch Programme mittlerer Reichweite wie die Gewerkschaftsvorschläge für einen «europäischen Marshallplan» (Pianta 2013) gehören in diesen Zusammenhang, ebenso wie der Aufbau von Netzwerken für alternatives europäisches Expertenwissen, wie dies im Euro-Memo und in der neuen alternativökonomischen Plattform von Euro-pen gelungen ist.[10]

Von ganz entscheidender Bedeutung wird es allerdings sein, dass sich die Trägergruppen eines derartigen transnationalen Bündnisprozesses neben unterschiedlichen, situationsbezogenen Einstiegsforderungen auf eine einfache, gemeinsam immer wieder zu erhebende Minimalforderung verständigen – wie dies die Forderung nach einer Tobin-Tax in der globalisierungskritischen Bewegung geleistet hat. In vielen Bereichen wird es dabei – um überhaupt wieder die nötige Zeit zu gewinnen, um wenigstens «zur Besinnung zu kommen» – um die Durchsetzung von «Moratorien» gehen. Also darum wenigstens die bereits unübersehbar laufenden destruktiven Prozesse zum Halten zu bringen und einen gesellschaftlich Raum für die Deliberation über das nötige Umsteuern zu finden, in dem weder die Fragen nach dem Verhältnis von entlohnter Beschäftigung und Lebensgrundlagen noch die nach dem Zusammenhang von ökonomischer Aneignung und kriegerischer Gewaltanwendung ausgespart bleiben.

Damit strategische Einzelforderungen und eine übergeordnete Forderung nach Moratorien angesichts der Realität einer wachsenden Polarisierung ökonomischer Strukturen und der zunehmenden Bedeutung von Gewalt bei deren Durchsetzung nicht eine linke Chimäre bleiben, wird es notwendig sein, in den Mitgliedstaaten emanzipatorische Netzwerke auf-

zubauen. Diese Netzwerke müssen sich, über die Vertretung ökonomischer, ökologischer und sozialer Einzelinteressen hinausgehend, in Organisationen und Bewegungen verankern, ohne sich dabei in «alt» und «neu» aufzuspalten. Sie dürfen sich dabei weder aus (durchaus verständlichen) antipolitischen Reflexen heraus gegen mögliche parteipolitische Umsetzungen sperren noch – umgekehrt – den Versuch unternehmen, die Breite dieser Bewegungen auf das Spektrum eines parteipolitischen Cross-over linker Kräfte (oder gar einer der linken Parteienfamilien) zu verengen.

Diese Herausforderung kann nur gemeistert werden, wenn ehrlich und sachlich untersucht wird, warum die Kräfte der emanzipatorischen und demokratischen Linken bisher dazu nicht in der Lage gewesen sind – und dies gerade auf der EU-Ebene, die zum privilegierten strategischen Spielfeld einer technokratischen und autoritären Durchsetzung neoliberaler Umstrukturierungsprozesse geworden ist.

Und die Aussichten dieser EU sind erst einmal nicht gut. Die autoritäre und militärische Seite des neoliberalen Politikregimes droht, über den transnational vernetzten Finanzmarktkapitalismus hinausgehend, sich in den Vordergrund zu drängen. Die hierarchische Unterordnung, welche die – über den IWF explizit mit der globalen Ebene verknüpfte – Troika-Politik in Südeuropa durchgesetzt hat, kann in Osteuropa eine über die NATO mit den USA verknüpfte Politik der Konfrontation mit Russland zustande bringen. Der Stand der europäischen Politikentwicklung, aber auch die bereits absehbaren weiteren europäischen Krisenprozesse stellen eine grosse Herausforderung dar: Diejenigen Kräfte, welche diese erkennen und sich ihr stellen können, werden für die Zukunft Europas auf allen Ebenen der Politik eine entscheidende Rolle übernehmen[11] – nicht nur im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch im Hinblick auf den in der Nachbarschaft der EU zunehmend durch Krieg unterbrochenen Frieden.

Anmerkungen

1 Deren Konturen lassen sich zumindest in den Grundlinien am angefügten Literaturverzeichnis ablesen.

2 Aufgrund derer kommen entscheidende reale Zusammenhänge der europäischen Entwicklung gar nicht erst in den Blick. Dies ist, denke ich, der Hintergrund des in der europapolitischen Debatte verbreiteten «sozialwissenschaftlich-kritischen und deshalb unkritisch werdenden Selbstbezugs» (Narr 2013, 299).

3 Selbst Peter Gowan, der mit *The Global Gamble* (1999) zur globalen Bedeutung der EU eine wirklich wichtige Untersuchung vorgelegt hat, ist dieser Tendenz nicht entgangen.

4 Solchen Projektionen ist schon Tony Judt (1996, insb. 149ff.) mit durchaus triftigen Argumenten entgegengetreten, auch wenn er die eigenständigen Realitäten der europäischen Integration, insbesondere der EU-Osterweiterung, nicht als solche

erfasst hat. Jörg Huffschmid (1997), Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (2007) und Dieter Plehwe (2013) haben wichtige Hinweise darauf gegeben, wie die EU als ein eigenständiger Einsatz globaler Transformationsprozesse unter neoliberalen Vorzeichen zu analysieren ist.

5 In einer eindrucksvollen Wendung hat Alan Milward (1992) diese Entwicklung geradezu als eine «Rettung» des Nationalstaats pointiert – was sich spätestens im Krisenmanagement seit 2008, in dem die europäische Ebene sich radikal aus der mitgliedstaatlichen Politik herausgelöst hat, als eine Illusion erwiesen hat.

6 Solange darauf keine entsprechende Begriffsarbeit folgt, ist allerdings die Kennzeichnung als «Imperium» oder als «Empire» kaum aussagekräftiger als die nüchterne Konstatierung dieses «sui generis»-Charakters der EU als «politisches Gemeinwesen».

7 Deren Irrealität durch die auf einen nationalstaatlichen Horizont fixiert gebliebenen Parteien selbstverständlich nicht kompensiert werden kann – zumal sie in diesem Rahmen selbst einem zum Teil galoppierenden Relevanzverlust unterliegen.

8 Dass dies grundsätzlich möglich ist, zeigen exemplarisch der Erfolg von SYRIZA in Griechenland und von Podemos in Spanien sowie insbesondere auch das gute Abschneiden der «Liste Tsipras» bei den jüngsten italienischen Europawahlen.

9 Was vermutlich die Heftigkeit der Anti-EU-Reflexe in der Bevölkerung dieser Länder erklärt.

10 Vgl. deren Websites: www.euromemo.eu und www.euro-pen.org.

11 Die Forderung nach einer «Konferenz für Frieden und Versöhnung in Europa» (Soromenho-Marques 2014, 367) markiert hier immerhin die Richtung für einen wichtigen Zwischenschritt.

Literatur

Alter, Karen J., 2001: Establishing the Supremacy of European Law. Oxford/New York

Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 2007: Konkurrenz für das Empire. Münster

Boual, Jean-Claude, 1999: Vers une société civile européenne. Paris

Braithwaite, John / Drahos, Peter, 2000: Global Business Regulation. Cambridge

Brangsch, Lutz / Dellheim, Judith / Wolf, Frieder Otto / Zimmer, Gabriele, 2014: Die «Europäische Frage» und die Linken. Wer heute die Debatte bestimmt und wie eine andere Richtung eingeschlagen werden könnte. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, 05, Berlin

Bsirske, Frank, 2014: Ein neuer Weg für Europa. In: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4, Hamburg, 32–41

Buckel, Sonja / Oberndorfer, Lutz / Troost, Axel / Ypsilanti, Andrea (Hg.), 2013: Solidarisches Europa. Hamburg

Buntenbach, Annelie, 2014: Wer hat Recht(e) in Europa?. In: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4, Hamburg, 3–11

Dellheim, Judith / Wolf, Frieder Otto / Zimmer, Gabi, 2013: Offene Fragen zu Europa. Wie kann an die Stelle der falschen Alternativen von oben eine solidarische Politik von unten treten?. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, 4, Berlin

Dellheim, Judith / Wolf, Frieder Otto, 2013: Das «wohlverstandene Eigeninteresse» der Völker der Union. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: Berliner Debatte. Initial, 24, 2, Berlin, 91–104

Gowan, Peter, 1999: The Global Gamble. London/New York

Habermas, Jürgen, 2014: Für ein starkes Europa – was heisst das? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, Berlin, 85–94

Huffschmid, Jörg, 1997: Globalisierung – das Ende von Wirtschaftspolitik? In: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.): Wege zu einem anderen Europa. Köln, 230–253

Judt, Tony, 1996: Grosse Illusion Europa. Herausforderungen und Gefahren einer Idee. München/Wien

Martens, Helmut, 2014: Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik -, zwölf Thesen. In: spw, Nr. 202, 3, Dortmund, 50–58

Milward, Alan, 1992 (²2000): The European Rescue of the Nation State. London

Narr, Wolf-Dieter, 2013: Rezension zu: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Die EU in der Krise. Münster 1992. In: Das Argument, 301, Berlin, 297–299

Pianta, Mario, 2013: An industrial policy for Europe. Paper for the 19th Conference on Alternativ Economic Policy in Europe, 20–22 September. London

Plehwe, Dieter, 2013: Europäische Krise oder europäische Dimension der Krisen? In: Das Argument, 301, Berlin, 61–72

Rifkin, Jeremy, 2004: The European Dream. New York

Scharpf, Fritz W., 1985: Die Politikverflechtungsfalle. In: Politische Vierteljahrsschrift, 4, Baden-Baden, 323–356

Soromenho-Marques, Viriato, 2014: Portugal na queda da Europa. Lissabon

Tömmel, Ingeborg, 2003: Das politische System der EU. München/Wien

Wehr, Andreas, 2014: Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen. Köln

Wolf, Frieder Otto, 2005: Europa neu denken? Zu Ulrich Becks / Edgar Grandes «Das kosmopolitische Europa». In: Widerspruch, Heft 48, Zürich, 241–246

ders., 2009: Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden? In: Scholz, Dieter u. a. (Hg.), Europa sind wir. Münster, 17–40

ders., 2012: A return to the future? In: Pinheiro, Teresa / Cieszynska, Beata / Franco, José Eduardo (Hg.): Ideas of/for Europe. Frankfurt a. M. u. a., 663–692

ders., 2014: Gutachten zum Verfassungsvorschlag der sog. Spinelli-Gruppe. Memorandum für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin